

## SUDAN

### 1) Drei Jahre vernachlässigter Krieg

Während sich der Konflikt in Darfur verschärft, blicken der Sudan und internationale Beobachter\*innen anlässlich des dritten Jahrestags des Konflikts auf die Gräueltaten zurück.

Schätzungen zur Zahl der Todesopfer seit April 2023 variieren stark: Viele Hilfsorganisationen und UN-nahe Schätzungen nennen etwa 150.000, der frühere US-Sondergesandte sprach von über 400.000. The Telegraph beschreiben den Sudan-Krieg als den tödlichsten Konflikt der letzten Jahre mit mehr Toten pro Jahr als Gaza, Syrien, Ukraine oder Myanmar.

Der Krieg im Sudan hat zudem zu einer der weltweit größten Vertreibungskrisen geführt. Seit April 2023 wurden mehr als 14 Millionen Menschen vertrieben oder sind geflohen – die Aufnahmeländer und Grenzregionen (u. a. Tschad) sind stark überlastet laut UNHCR. Zusätzlich ist dieser Konflikt besonders gezeichnet von extremer Gewalt gegen Zivilisten in Form von Folter, sexueller Gewalt, Menschenhandel und Massakern.

Trotz der „Menschenrechtskatastrophe“ (Übers. d. Verf.) (Volker Türk, UN-Menschenrechtsbeauftragter), die sich im Sudan abspielt, bleibt die Situation weiterhin weitgehend außerhalb der internationalen Medienaufmerksamkeit. Gnès Callamard, Generalsekretärin von Amnesty International, sagt dazu: „Der Sudan-Konflikt ist nicht vergessen; er wird bewusst ignoriert und vernachlässigt. Hinter dieser Vernachlässigung stehen unzählige Menschen, die unvorstellbares Leid erdulden, während die Welt wegschaut.“ (Übers. d. Verf.) „Ein weiteres Jahr im Sudan wurde von weit verbreiteten Kriegsverbrechen, massiven Vertreibungen von Zivilisten und einem anhaltenden Zustrom von Waffen in die Hände gewalttätiger Konfliktparteien überschattet“ (Übers. d. Verf.), sagte Mohamed Osman, Sudan-Experte bei Human Rights Watch. Wir haben den Eindruck, dass die Welt schon seit langem die Augen vor dem Krieg im Sudan verschließt. Dr. Nahid Jibrallah, Gründerin und Leiterin des SEEMA-Zentrums für den Schutz von Frauen und Kindern.

<https://www.amnesty.de/amnesty-report/amnesty-report-2025-jahresbericht-menschenrechte-weltweit>

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2026/04/three-years-on-sudans-warring-parties-intensify-war-against-civilians/>

<https://amnesty.ca/features/sudans-brutal-war-on-civilians/>

<https://www.hrw.org/news/2026/04/14/sudan-world-leaders-need-to-act-on-ongoing-atrocities>

<https://www.ohchr.org/en/press-releases/2026/04/sudan-third-anniversary-conflict-un-and-achpr-au-fact-finding-missions>

<https://www.acjps.org/publications/the-human-cost-of-war-sudan-s-third-anniversary>

<https://www.acjps.org/publications/memorandum-to-the-sudan-conference-berlin-april-15-2026>

<https://www.cfr.org/global-conflict-tracker/conflict/power-struggle-sudan>

<https://www.telegraph.co.uk/global-health/terror-and-security/the-charts-that-show-sudans-war-is-the-worlds-deadliest/>

<https://www.ohchr.org/en/stories/2026/04/three-years-war-sudan-crisis-world-cant-ignore>

[https://www.tagesschau.de/tagesschau\\_20\\_uhr/video-1575654.html](https://www.tagesschau.de/tagesschau_20_uhr/video-1575654.html)

[https://www.tagesschau.de/tagesschau\\_20\\_uhr/video-1575652.html](https://www.tagesschau.de/tagesschau_20_uhr/video-1575652.html)

<https://www.acjps.org/publications/the-third-anniversary-of-sudan-s-conflict-should-be-dedicated-to-its-victims>

## **2) Forderung an die EU**

Amnesty International fordert gemeinsam mit Human Rights Watch und vier anderen Menschenrechtsorganisationen anlässlich von drei Jahren Krieg im Sudan, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten deutlich entschiedener handeln müssen, um Zivilpersonen zu schützen und schwere Menschenrechtsverletzungen zu stoppen. Der Konflikt zwischen SAF und RSF wird als anhaltender Krieg gegen die Zivilbevölkerung beschrieben, bei dem es zu gezielten Angriffen, sexueller Gewalt, Vertreibungen und massiven Menschenrechtsverletzungen kommt.

Amnesty kritisiert, dass die bisherige internationale Reaktion unzureichend ist, und fordert insbesondere besseren Schutz von Zivilpersonen, ungehinderten humanitären Zugang, konsequente Rechenschaft für Verbrechen sowie stärkere Unterstützung für humanitäre Hilfe und Flüchtlinge.

<https://www.amnesty.eu/news/eu-must-act-for-sudans-civilians-three-years-of-conflict/>

<https://www.hrw.org/news/2026/04/07/sudan-the-eu-must-act-for-sudans-civilians-at-three-years-of-conflict>

## **3) Schutz der Zivilbevölkerung**

Berichte von Radio Dabanga deuten auf eine deutliche Eskalation von Luft- und Drohnenangriffen im Sudan hin, bei denen es in einzelnen Vorfällen wiederholt zu hohen Opferzahlen unter der Zivilbevölkerung kommt. So wurden etwa bei Angriffen in Ed Dein, El Sarif und Tallu rund 15 Menschen getötet und 17 weitere verletzt, während ein weiterer Angriff auf den Markt im Gebiet El Geneina etwa 9 Tote und 12 Verletzte forderte.

Zusätzlich verweisen die Berichte auf Angaben des OHCHR, wonach zwischen dem 1. Januar und dem 15. März 2026 mehr als 500 Zivilpersonen infolge von Drohnen- und Luftangriffen getötet worden sein sollen. Diese Zahlen unterstreichen das erhebliche Ausmaß der zivilen Opfer bereits in den ersten Monaten des Jahres 2026 und verdeutlichen die anhaltende Gefährdung der Zivilbevölkerung durch den Einsatz schwerer Waffen in dicht besiedelten Gebieten.

<https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/drone-attacks-kill-at-least-44-civilians-in-darfur-and-kordofan>

<https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/sudan-army-air-strikes-intensify-across-darfur-at-least-24-dead-and-dozens-injured>

#### **4) Situation von Kindern im Konflikt**

Berichte von UNICEF und Radio Dabanga zeichnen ein alarmierendes Bild der Lage von Kindern in Darfur, insbesondere in und um El Fasher. Dokumentiert werden Tötungen und schwere Verletzungen, Entführungen, sexualisierte Gewalt sowie die Rekrutierung von Kindern durch bewaffnete Gruppen. Gleichzeitig weisen die Organisationen ausdrücklich darauf hin, dass die erfassten Zahlen die tatsächliche Situation unterschätzen.

Allein seit April 2024 wurden in El Fasher mehr als 1.500 schwere Menschenrechtsverletzungen („grave violations“) gegen Kinder verifiziert. Der Großteil davon betrifft extreme physische Gewalt – über 1.300 Kinder wurden getötet oder schwer verletzt, häufig infolge von Explosivwaffen, einschließlich Luft- und Drohnenangriffen.

Die United Nations haben seit Beginn des Konflikts mehr als 5.700 solcher schweren Verstöße verifiziert, die mindestens 5.100 Kinder betreffen. Über 4.300 von ihnen wurden getötet oder verletzt.

Auch die jüngsten Entwicklungen geben Anlass zur Sorge: Laut UN-Berichten wurden in den ersten drei Monaten des Jahres 2026 mindestens 160 Kinder getötet und weitere 85 verletzt.

<https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/unicef-warns-of-catastrophe-facing-darfurs-children-20-years-after-crisis-first-shocked-world>

<https://news.un.org/en/story/2026/04/1167390>

[https://www.unicef.org/media/180271/file/FINAL\\_2026\\_Child\\_Alert\\_Darfur.pdf.pdf](https://www.unicef.org/media/180271/file/FINAL_2026_Child_Alert_Darfur.pdf.pdf)

#### **5) Freiheit der Meinungsäußerung & Medienfreiheit**

Das umstrittene Regierungsdirektiv zur Lizenzierung von Medien mit einer Frist bis zum 1. Juni 2026 wird von Medienorganisationen als weiteres Druckmittel gegen

unabhängige Berichterstattung gewertet. Es verpflichtet Medien, ihren rechtlichen Status innerhalb eines Monats zu „regularisieren“, andernfalls drohen rechtliche Konsequenzen. In einem ohnehin stark eingeschränkten Umfeld der Pressefreiheit sehen Beobachter\*innen darin keinen rein administrativen Schritt, sondern eine gezielte Verschärfung staatlicher Kontrolle.

Diese Einschätzung wird durch internationale Bewertungen untermauert: Im World Press Freedom Index von Reporters Without Borders rangiert der Sudan auf Platz 161 von 180 Ländern. RSF weist zudem darauf hin, dass staatliche Behörden weitreichende Möglichkeiten haben, Medien zu kontrollieren – etwa durch die Vergabe oder den Entzug von Lizenzen sowie durch Schließungen ohne richterliche Anordnung.

Aktuelle Berichte aus April 2026 verstärken dieses Bild zusätzlich. So beschreibt die UNESCO den Sudan als eines der gefährlichsten Länder für Journalistinnen und Journalisten, mit zahlreichen dokumentierten Tötungen, Verhaftungen und Angriffen seit Beginn des Konflikts. Nach Angaben der UNESCO wurden seit Beginn des Krieges mindestens 32 Journalist\*innen getötet, zudem wurden über 500 Verstöße gegen die Pressefreiheit dokumentiert. Gleichzeitig wurden geschätzt 90% der Medieninfrastruktur zerstört, und viele unabhängige Medien mussten ihre Arbeit einstellen.

Vor diesem Hintergrund erscheint das neue Lizenz-Direktiv weniger als regulierende Maßnahme, sondern vielmehr als Teil einer umfassenderen Einschränkung von Medienfreiheit und Informationszugang.

Ein Bericht des African Centre for Justice and Peace Studies (ACJPS) beschreibt, dass in einer Haftanstalt in South Darfur, dem Diqris-Gefängnis, etwa 13.000 Personen willkürlich festgehalten werden. Die Organisation warnt vor massiven Menschenrechtsverletzungen, einschließlich Überbelegung, schlechter Haftbedingungen und fehlender rechtlicher Verfahren, die auf eine systematische Praxis der willkürlichen Inhaftierung im Kontext des Konflikts im Sudan hindeuten.

<https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/sudan-media-defiant-at-govt-directive-to-regularise-legal-status-by-1-june-or-face-legal-action>

<https://rsf.org/en/country/sudan>

<https://www.unesco.org/en/articles/unesco/guillermo-cano-world-press-freedom-prize-2026-awarded-sudanese-journalists-syndicate>

<https://www.acjps.org/publications/south-darfur-approximately-13-000-people-arbitrarily-detained-in-rsf-operated-diqris-prison>

## **6) Humanitäre Situation**

Rund 34 Millionen Menschen – etwa zwei Drittel der Bevölkerung – sind im Sudan dringend auf humanitäre Hilfe angewiesen. Besonders kritisch ist die Lage bei der Ernährungssicherheit: Rund 21 Millionen Menschen leiden unter akuter Ernährungsunsicherheit, während mehr als ein Drittel der Gesundheitseinrichtungen nicht funktionsfähig ist und etwa 10 Millionen Kinder im schulpflichtigen Alter keinen Zugang zu Bildung haben. Laut United Nations (UN News, 14. April 2026) sind zudem insgesamt etwa 14 Millionen Menschen vertrieben worden, davon rund 9 Millionen innerhalb des Landes und etwa 4,4 Millionen über die Grenzen geflüchtet.

Vor der Sudan-Konferenz in Berlin forderte Amnesty International vor allem konkretes und sofortiges Handeln statt bloßer politischer Zusagen. Zentrale Forderungen waren: Erhöhung der humanitären Finanzierung, da die bestehende Hilfe bei Weitem nicht ausreicht, sicherer und ungehinderter humanitärer Zugang für Hilfsorganisationen und Zivilbevölkerung, stärkerer politischer Druck auf die Konfliktparteien, um Zivilpersonen besser zu schützen, Schutz von humanitären Helfer\*innen, Gesundheitspersonal und lokalen Initiativen und Rechenschaft für schwere Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen.

Auf der Konferenz wurden zwar insgesamt rund 1,3 bis 1,5 Milliarden Euro an Hilfszusagen mobilisiert, darunter mehr als 200 Millionen Euro von Deutschland, doch bleibt die Finanzierung deutlich hinter dem tatsächlichen Bedarf zurück. Angesichts des seit drei Jahren andauernden Konflikts und der enormen humanitären Notlage reicht die zugesagte Hilfe bei Weitem nicht aus, um die Krise wirksam zu bewältigen.

<https://news.un.org/en/story/2026/04/1167301>

<https://www.ohchr.org/en/press-releases/2026/04/un-human-rights-expert-sudan-renews-calls-dialogue-accountability-conflicts>

<https://news.un.org/en/story/2026/04/1167301>

<https://www.tagesschau.de/video/video-1575670.html>

<https://www.tagesschau.de/inland/sudankonferenz-milliardenzusage-wadephul-100.html>

<https://www.amnesty.de/pressemitteilung/sudan-internationale-konferenz-berlin-groesste-humanitaere-krise-der-gegenwart>

## **7) Sudanesische Künstlerinnen im Exil**

Ein Beitrag von Amnesty International beschreibt die Situation sudanesischer Künstlerinnen und Künstler im Exil in Uganda, insbesondere in Kampala, wo viele Geflüchtete Zuflucht gefunden haben. Der Artikel zeigt, dass Flucht und Krieg zu einem tiefen Bruch von Lebensrealitäten geführt haben und viele Betroffene im Exil mit wirtschaftlichen Unsicherheiten und eingeschränkten Perspektiven konfrontiert

sind. Gleichzeitig entstehen in der ugandischen Kulturszene neue Räume für kreative Ausdrucksformen, in denen Erfahrungen von Vertreibung, Identität und Zugehörigkeit verarbeitet werden und Kunst sowohl als Bewältigungsstrategie als auch als Mittel sozialer Vernetzung dient (Artikel auf Deutsch).

<https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-journal/uganda-sudan-zu-hause-kuenstler-exil>

## **8) Neuer Amnesty International Podcast**

Ein Podcast von Amnesty International mit dem Titel „*Amnesty in Africa*“ stellt Menschenrechtsfragen auf dem afrikanischen Kontinent in den Mittelpunkt und bietet eine Plattform für Stimmen von Aktivist\*innen, Journalist\*innen und Expert\*innen aus der Region. Im Fokus stehen dabei konkrete Menschenrechtsverletzungen ebenso wie strukturelle Herausforderungen und lokale Kämpfe für Gerechtigkeit und Würde. Der Podcast versteht sich als Raum für Austausch und Perspektiven aus Afrika selbst und soll dazu beitragen, komplexe Menschenrechtslagen verständlich zu machen und Stimmen aus betroffenen Kontexten stärker sichtbar zu machen. Der Podcast ist in englischer Sprache.

<https://www.amnesty.org/en/latest/campaigns/2022/12/amnesty-in-africa-podcast/>

## **9) Menschenrechtsverteidigerin des Monats im Sudan – März**

Ein Beitrag der Organisation DefendDefenders porträtiert die sudanesischen Menschenrechtsverteidigerin Shima Bhare und beschreibt ihren Weg von der Vertreibung in Darfur über ein Flüchtlingslager bis hin zu ihrem heutigen Engagement für sudanesischen Geflüchtete in Uganda. Im Mittelpunkt steht ihre Arbeit mit vertriebenen Gemeinschaften, insbesondere Frauen und Jugendlichen, sowie ihr Einsatz für Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen und Unterstützung von Betroffenen.

Der Artikel zeigt, wie sich aus persönlicher Fluchterfahrung zivilgesellschaftliches Engagement entwickelt und wie sudanesischen Menschenrechtsverteidiger\*innen im Exil in Kampala Netzwerke aufbauen, um Schutz, Solidarität und Unterstützung für ihre Communities zu organisieren. Gleichzeitig wird deutlich, dass viele Aktivist\*innen weiterhin Bedrohungen ausgesetzt sind und ihre Arbeit unter prekären Sicherheitsbedingungen fortführen müssen.

## **10) Konflikt-Rohstoffe**

Ein Bericht des Center for Environmental and Social Studies (CESS) untersucht die Rolle von Sudanese „conflict gold“ im Kontext des aktuellen Krieges und zeigt auf, wie Gold aus konfliktbetroffenen Regionen in globale Lieferketten gelangt. Im Zentrum

steht dabei unter anderem die Kritik, dass internationale Unternehmen – darunter auch Volkswagen – indirekt in Lieferketten eingebunden sein könnten, die mit dem Konflikt in Verbindung stehen.

Die Studie beschreibt, dass Gold seit Beginn des Krieges 2023 zu einer zentralen Finanzierungsquelle der Konfliktparteien geworden ist und über komplexe Schmuggel- und Handelsrouten, unter anderem über Nachbarländer wie den Tschad und Südsudan sowie internationale Handelszentren, weitergeleitet wird. Dadurch entstehe eine sogenannte „Parallelökonomie“, die den Krieg wirtschaftlich stütze und verlängere.

CESS argumentiert, dass diese Strukturen erhebliche Lücken in bestehenden Sorgfaltspflichten und Kontrollmechanismen in globalen Lieferketten offenlegen und fordert strengere Transparenz-, Prüf- und Regulierungsmaßnahmen, um die Einfuhr konfliktbezogener Rohstoffe zu verhindern und die Finanzierung des Krieges zu unterbrechen.

<https://cess-sudan.com/conflict?view=volkswagen>

<https://www.chathamhouse.org/2025/03/gold-and-war-sudan>

<https://www.ft.com/content/e093c5ed-4a22-4d0d-b3df-4812e265021e?syn-25a6b1a6=1>

<https://www.dw.com/de/fahren-e-autos-von-vw-mit-konfliktmineralien-aus-afrika-volkswagen-e-mobilitaet-v3/a-74252589>

## **Südsudan**

### **1) Schutz der Zivilbevölkerung**

Office of the High Commissioner for Human Rights und andere UN-Expert\*innen schlagen angesichts der aktuellen Entwicklungen im Südsudan Alarm und warnen vor einer sich zuspitzenden Menschenrechts- und humanitären Krise. Berichten zufolge kommt es zunehmend zu Angriffen auf Zivilpersonen sowie humanitäre Helfende und zu weitreichender Zerstörung ziviler Infrastruktur. Die Lage verschärft sich dabei nicht nur durch anhaltende Konflikte, sondern auch durch zusätzliche Belastungen wie klimabedingte Krisen.

Besonders deutlich zeigt sich die Eskalation in der Region Jonglei, wo infolge interkommunaler Gewalt allein im Jahr 2026 bereits mehr als 267.000 Menschen vertrieben wurden. Gleichzeitig hat die Kombination aus Gewalt und extremen klimatischen Bedingungen gravierende Auswirkungen auf den Bildungssektor: Über 300 Schulen sind betroffen, und rund 300.000 Kinder können nicht mehr regulär am Unterricht teilnehmen. Vor diesem Hintergrund fordern die United Nations dringend verstärkte Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung und warnen vor einer weiteren Verschlechterung der ohnehin prekären Lage.

Berichtet werden zudem anhaltende schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und Menschenrechtsverletzungen, darunter willkürliche Verhaftungen, außergerichtliche Tötungen und konfliktbezogene sexualisierte Gewalt. Die United Nations Mission in South Sudan dokumentierte von Januar bis März 2026 insgesamt 139 Vorfälle, die 1.063 Zivilpersonen betrafen, darunter 639 Todesfälle sowie 34 Fälle konfliktbezogener sexualisierter Gewalt mit 64 Betroffenen.

<https://www.ohchr.org/en/press-releases/2026/04/south-sudan-un-experts-urge-immediate-protection-civilians-amid-escalating>

<https://news.un.org/en/story/2026/04/1167248>

<https://www.securitycouncilreport.org/whatsinblue/2026/04/south-sudan-briefing-and-consultations-31.php>

## **2) Ernährung- und Gesundheitssituation**

Das OCHA beschreibt im Südsudan eine sich weiter verschärfende Hungerkrise, die eng mit anhaltender Gewalt und massiver Vertreibung verknüpft ist. Gleichzeitig wird der Zugang zu grundlegender Gesundheitsversorgung zunehmend eingeschränkt, da zahlreiche Einrichtungen beschädigt oder geplündert wurden.

Zwischen April und Juli 2026 sind über 7,8 Millionen Menschen – etwa 56 Prozent der Bevölkerung – von akuter Ernährungsunsicherheit auf Krisenniveau oder schlimmer (IPC Phase 3+) betroffen. Darunter leiden rund 73.000 Menschen unter katastrophalem Hunger (IPC Phase 5), der schwersten und lebensbedrohlichsten Stufe, was einem Anstieg von rund 160 Prozent gegenüber der vorherigen Schätzung entspricht. Zusätzlich befinden sich etwa 2,5 Millionen Menschen in einer Notlage (IPC Phase 4), während rund 5,3 Millionen Menschen in einer Krisensituation (IPC Phase 3) leben. Besonders alarmierend ist die Lage für Kinder: Schätzungsweise 2,2 Millionen Kinder unter fünf Jahren sind von akuter Unterernährung bedroht.

Parallel dazu verschärft sich die Lage im Gesundheitssektor erheblich. Insgesamt wurden 33 Gesundheitseinrichtungen in und um Jonglei beschädigt oder geplündert, wodurch rund 1,4 Millionen Menschen nur noch eingeschränkten Zugang zu medizinischer Versorgung haben. Diese Entwicklungen verdeutlichen die dramatische Zuspitzung der humanitären Lage im Land und unterstreichen den dringenden Bedarf an umfassender internationaler Unterstützung.

<https://reliefweb.int/report/south-sudan/south-sudan-humanitarian-update-18-30-april-2026>

<https://de.wfp.org/pressemitteilungen/suedsudan-hungerkrise-verschaerft-sich>

## **3) UN-Mandat**

Der United Nations Security Council hat das Mandat der United Nations Mission in South Sudan (UNMISS) bis zum 30. April 2027 verlängert und dabei zentrale Prioritäten wie den Schutz der Zivilbevölkerung, das Monitoring von Menschenrechtsverletzungen sowie den ungehinderten humanitären Zugang bekräftigt. Gleichzeitig unterstreicht die Resolution die Notwendigkeit, sexualisierte Gewalt wirksam zu verhindern und konsequent zu verfolgen.

Die personelle Obergrenze der Mission wurde dabei auf bis zu 12.500 Soldatinnen und Soldaten sowie 2.101 Polizeikräfte festgelegt. Beobachter sehen in der begrenzten personellen Ausstattung eine potenzielle Herausforderung für die Umsetzung der ambitionierten Schutz- und Stabilisierungsaufgaben, insbesondere vor dem Hintergrund der weiterhin fragilen Sicherheits- und Menschenrechtslage im Land.

<https://www.radiotamazuj.org/en/news/article/un-extends-south-sudan-mission-cuts-troop-ceiling>

<https://qna.org.qa/de-DE/news/news-details?id=die-vereinten-nationen-verlangern-ihre-friedensmission-im-sudsudan-um-ein-weiteres-jahr&date=1/05/2026>

#### **4) Wirtschaftliche & soziale Rechte**

Ein Kommentar von Radio Tamazuj thematisiert ausbleibende Gehaltszahlungen an Staatsbedienstete im Südsudan und ordnet diese als Ausdruck struktureller Probleme im öffentlichen Sektor ein. Im Mittelpunkt steht dabei die Diskrepanz zwischen staatlicher Symbolpolitik und der tatsächlichen Lebensrealität vieler Beschäftigter im öffentlichen Dienst.

Demnach bleiben Gehälter für Teile der Staatsbediensteten teils über Monate, in einigen Fällen sogar über Jahre hinweg aus. Vor dem Hintergrund stark steigender Lebenshaltungskosten verschärft sich dadurch die soziale und wirtschaftliche Belastung vieler Haushalte erheblich. Der Beitrag hebt hervor, dass diese Entwicklungen nicht nur die wirtschaftliche Situation der Betroffenen beeinträchtigen, sondern auch das Vertrauen in staatliche Institutionen schwächen und langfristig Auswirkungen auf die soziale Stabilität haben können.

<https://www.radiotamazuj.org/en/news/article/pay-before-praise-labour-day-in-south-sudan-between-reality-and-symbolism>